

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, will Rüstungs-Automatismus verhindern: Für Rüstungskontrolle ist ein langer Atem erforderlich.

Seite 1/2

Dieter Haack MdB, Bundesbauminister, zeigt auf, wie verhindert wird, daß Mietwohnungen zum Spekulationsobjekt werden: Kein Ausverkauf von Sozialwohnungen.

Seite 3/4

Friedhelm Merz, kommissarischer Vorwärts-Verlagsleiter, würdigt den verstorbenen Verleger des Unternehmens Walter Petersen.

Seite 5

### Dokumentation

Auszüge aus dem Referat des österreichischen Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Bruno Kreisky in Simmern (Rheinland-Pfalz).

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 8 12-1

34. Jahrgang/ 227 / 27. November 1979

Rüstungs-Automatismus verhindern

Für Rüstungskontrolle ist ein langer Atem erforderlich

Von Karsten D. Voigt MdB  
Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen  
Ausgleich und Sicherheit

Im Zusammenhang mit dem Besuch des sowjetischen Außenministers Andrey Gromyko konzentriert sich die öffentliche Diskussion zur Zeit auf die Frage, ob die Ergebnisse dieses Besuches die Beschlüsse des Berliner SPD-Bundesparteitages in der kommenden Woche und die für die darauf folgende Woche geplanten Entscheidungen in der NATO beeinflussen werden.

Beide Entscheidungen sind durch monatelange interne und öffentliche Beratungen vorbereitet worden. Sie sind als Ergebnis dieser Beratungen ergänzt und geändert worden. Niemand sollte ausschließen, daß es aufgrund der internen Diskussion in der SPD noch zu über die Empfehlungen der Antragskommission hinausgehenden Änderungen am Leit Antrag des SPD-Parteivorstandes kommt. Niemand auch sollte von vornherein ausschließen, daß aufgrund der Beratungen in den einzelnen Mitgliedstaaten es noch zu Änderungen und Ergänzungen an dem für Dezember geplanten NATO-Beschlüssen kommt.

In demokratischen Parteien und im Verkehr zwischen demokratischen Regierungen sollten Beschlußfassungen nie nur zur formalen Ratifizierung längst vorentschiedener Absichten herabgewürdigt werden. Bis zur Entscheidung selber sollte die Möglichkeit zu Korrekturen und Ergänzungen von Planungen und Vorschlägen aufgrund demokratischer Diskussion gegeben sein. Diese Offenheit ist eines der Kennzeichen demokratischer Entscheidungsprozesse. Sie sollte nicht als Zerstrittenheit oder Handlungsunfähigkeit abqualifiziert werden.

Die Äußerungen Andrej Gomykos enthalten bei nüchterner Prüfung keine Elemente, die geeignet wären, die Entscheidung der SPD oder der NATO in die eine oder andere Richtung zu verändern. In der militärischen Substanz bleibt die Frage weiterhin offen, ob die Sowjetunion bereit ist, ein Moratorium bei der



Produktion und Stationierung der SS 20 einseitig anzukündigen oder aber ein zwischen den USA und der UdSSR wechselseitig bindendes Moratorium über die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen vertraglich zu vereinbaren, um auf diese Weise mehr Zeit für Rüstungskontrollverhandlungen zu gewinnen.

Die Ankündigung des sowjetischen Außenministers, daß die UdSSR nach einem eventuellen NATO-Beschluß nicht mehr verhandlungsbereit seien, ist nicht aufrecht zu erhalten, ohne daß die UdSSR in ihrer Glaubwürdigkeit früherer Aussagen erschüttert würde, ohne Vorbedingung an den Verhandlungstisch gehen zu wollen. Eine entsprechende Reaktion widerspräche aber auch den Interessen der UdSSR, weil sie dann tatsächlich einen von ihr wohl nicht zu wünschenden Automatismus bei den Rüstungsentscheidungen der NATO im Mittelstreckenbereich in Bewegung setzen würden.

Es bleiben also die Fragen, die in der SPD und in der NATO auch bereits vor dem Besuch Andrej Gromykos erörtert wurden. Sie müssen weiter auf dem Bundesparteitag und darüber hinaus geprüft werden:

1. Ist die Rüstungsentscheidung der NATO überhaupt oder in dem geplanten Umfange und mit den geplanten Waffensystemen erforderlich oder haben zum Beispiel Carl Friedrich von Weizsäcker oder der ehemalige Chefunterhändler bei den SALT-Verhandlungen, Paul Warnke, mit ihren Bedenken recht?
2. Wie kann das rüstungskontrollpolitische Instrumentarium und der Entscheidungsprozeß im Bündnis so weiter entwickelt werden, daß tatsächlich alle Chancen der Rüstungskontrolle ausgeschöpft werden und kein Automatismus in Richtung Aufrüstung entsteht?

Diese Fragen müssen vor den Beratungen der NATO im Dezember geprüft werden. Sie müssen uns aber über den Dezember hinaus auch noch die darauf folgenden Monate und Jahre beschäftigen.

Insofern ist zu hoffen, daß das zunehmende rüstungskontrollpolitische Engagement in den Parteien den Kirchen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und auch bei Wissenschaftlern und Schriftstellern nicht kurzatmig bleibt, sondern sich beharrlich und dauerhaft weiterentwickelt. Wer den Rüstungswettlauf bremsen oder beenden will, braucht diese Ausdauer und langfristige Orientierung. Ein abrüstungspolitisches Engagement, das nur kurzatmig von Punkt zu Punkt erwacht, wird langfristige Rüstungs- und Verhandlungsprozesse kaum beeinflussen können. Kurzatmige Mobilisierung und lange Phasen der Resignation gehen erfahrungsgemäß in der Friedensbewegung häufig Hand in Hand. Man sollte hieraus lernen.

(-/27.11.1979/hi/ca)



### Kein Ausverkauf von Sozialwohnungen

---

Die Mietwohnung darf nicht zum Spekulationsobjekt werden

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

In den vergangenen Monaten haben sich - in erster Linie in verschiedenen Großstädten - Probleme durch die Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Eigentumswohnungen ergeben. Vor allem unseriöse Geschäftspraktiken einiger weniger gewerblicher Aufkäufer haben in der Öffentlichkeit Unruhe und Aufsehen erregt. Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß für sie der soziale Mietwohnungsbestand für eine sozial ausgerichtete Versorgung von schwächeren Mieterhaushalten unverzichtbar ist. Einen Ausverkauf von Sozialwohnungen, wie er vielfach bereits an die Wand gemalt wird, wird es nicht geben. Wir werden alles tun, um eine rein profitorientierte Umwandlungswelle von Mietsozialwohnungen in Wohneigentum zu unterbinden. Die Mietwohnung darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Ich sehe in dieser Frage keinen Konflikt mit der Förderung der Eigentumsbildung. Sicher ist es sinnvoll, auch aus dem Wohnungsbestand Wohneigentum zu bilden, dies aber in erster Linie dann, wenn es der jeweilige Mieter ist, der die bisherige Mietwohnung erwirbt.

Dabei müssen wir deutlich machen, daß sich Geschäftemacher mit Spekulationsabsichten nicht hinter der Forderung nach mehr Wohneigentum verstecken dürfen. Durch manche scharf zu verurteilende Geschäftspraktiken ist auch die Diskussion über eine mögliche Teilliberalisierung von Sozialwohnungen belastet worden. Wir werden in dieser Woche im Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Wohnungsbauänderungsgesetz behandeln, das nach meiner Auffassung den Konflikt zwischen Eigentumspolitik und Mieterverdrängung lösen helfen wird. Ohne Zweifel wäre es kurzsichtig, wollte man eine Liberalisierung von Teilen des Sozialwohnungsbestandes generell unterbinden. In Regionen, in denen der Wohnungsmarkt in allen seinen Teilbereichen keine Engpässe mehr aufweist, scheint mir eine Auflockerung der Bindungen denkbar und möglich. Dies kann jedoch nicht für Gebiete mit noch bestehendem Wohnungsbedarf gelten. Hier müssen und werden wir den Sozialwohnungsbestand für die Versorgung einkommenschwächerer Haushalte erhalten. In dieser Frage gibt es keinen Dissens zwischen der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen.

Worauf es in der gegenwärtigen Situation verstärkt ankommt, ist, Sozialmieter und auch Käufinteressenten hinreichend über Rechte und Pflichten bei der Umwandlung zu informieren. Unser Kündigungsschutz und die gesetzlichen Bindungen, denen die Sozialwohnungen unterworfen sind, schützen den Mieter vor einer Verdrängung. Allerdings muß er auch



selbstbewußt seine Rechte wahrnehmen. Je mehr der Sozialmieter informiert ist, um so weniger Rechtspositionen wird er freiwillig aufgeben und um so schwieriger wird das Geschäft für Spekulanten. Allerdings allein mit verstärkter Aufklärungsarbeit ist es nicht getan. Es hat sich gezeigt, daß auch aus anderen Bereichen, etwa aus dem Steuerrecht, der Spekulation stärker der Boden entzogen werden kann.

Hier hat die Bundesregierung vor wenigen Tagen eine ganz wichtige Klarstellung vorgenommen. In der Vergangenheit haben viele Wohnungsunternehmen, die ihre Mietwohnungen in größerer Anzahl in Eigentumswohnungen umwandeln und anschließend veräußern wollten, um mit dem Erlös neue Wohnungen zu errichten, diese Wohnungen zumeist als Mietwohnungen "en bloc" an gewerbliche Aufkäufer veräußert. Für diese Aufkäufer war das Ziel lediglich eine gewinnbringende Wiederveräußerung. Gerade sie sind in der Vergangenheit bei Umwandlung und Veräußerung aber oftmals mit sehr wenig seriösen Mitteln vorgegangen und haben versucht, die bisherigen Mieter trotz des umfangreichen gesetzlichen Schutzes aus ihren Wohnungen zu verdrängen. Der Grund für diese "en bloc-Veräußerung" lag in steuerlichen Vorschriften. Nach der Rechtssprechung des Bundesfinanzhofes brauchte das veräußernde Wohnungsunternehmen nur dann den Veräußerungsgewinn bei einer Wiederinvestition in den Wohnungsbau nicht zu versteuern, wenn die Wohnungen vor Umwandlung in Einzeleigentum als Mietwohnungen verkauft wurden. Hätte das Wohnungsunternehmen die Mietwohnungen selbst in Eigentumswohnungen umgewandelt und anschließend einzeln an die Mieter oder auch andere Interessenten verkauft, hätte es nach dieser Rechtssprechung die Steuervergünstigung nach Paragraph 6 des Einkommensteuergesetzes regelmäßig nicht in Anspruch nehmen können. Dieser Grund für die Einschaltung gewerblicher Aufkäufer bei der Umwandlung entfällt in Zukunft. Der Bundesfinanzminister hat in diesen Tagen klargestellt, daß Wohnungsunternehmen Gewinne aus der Veräußerung von Mietwohnungen, die sie wieder in Wohnungsbaumaßnahmen investieren, auch dann nicht zu versteuern brauchen, wenn sie selbst diese Wohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln und anschließend einzeln veräußern. Diese Entscheidung ist für die Finanzämter bindend.

Ich halte diese Klarstellung für einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbesserung des Schutzes der Mieter bei einer Umwandlung. Der Spekulation wird schlicht eine mögliche Grundlage entzogen. An die Wohnungsunternehmen, die einen Verkauf von Mietwohnungen aus ihrem Bestand beabsichtigen, möchte ich gerade angesichts des Wegfalls von steuerlichen Nachteilen appellieren, künftig von einer Einschaltung gewerblicher Aufkäufer nach Möglichkeit abzusehen. Dabei sollten die Unternehmen behutsam vorgehen und insbesondere eine Veräußerung an die bisherigen Mieter anstreben, selbst wenn diese dann oftmals nicht so zügig vonstatten geht. Sie dienen damit ihrer eigenen Glaubwürdigkeit und sie helfen mit deutlich zu machen, daß Spekulationen mit der Unwissenheit, Verdrängungsverkäufe, Verunsicherung und Täuschung in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem keinen Platz haben.

(-/27.11.1979/ks/ca)



Sein Leben hieß Dienen  
-----

Zum Tode von Walter Petersen, Verleger des "Vorwärts" und des  
Sozialdemokratischen Pressedienstes

Von Friedhelm Merz

Kommissarischer Verlagsleiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Neuen Vorwärts-Verlages und der Sozialdemokratischen Pressedienst GmbH haben Abschied zu nehmen von ihrem Verleger Walter Petersen. Nach langer schwerer Krankheit, die er bis in seine letzte Stunde mit großer Tapferkeit und bewundernswerter Würde ertrug, starb er am 21. November 1979 im Alter von 63 Jahren. Zu früh für seine Frau und seine Familie. Zu früh auch für alle Freunde, die diesen unermüdlich tätigen, einfallsreichen und doch bescheidenen Mann kannten und schätzten. Zu früh für Walter Petersen selbst angesichts der vielfältigen Pläne, die er sich privat wie beruflich noch vorgenommen hatte.

Am 22. Oktober war er zum letzten Mal in "seinem" Verlag, um sich in einen zweiwöchigen Urlaub zu verabschieden, aus dem er nun nie mehr zurückkehren wird. Wie immer in solchen Fällen informierte er seine Mitarbeiter über die laufenden Geschäfte, besprach Vorhaben für die Zeit nach dem Urlaub, vereinbarte Termine - und war doch, jeder konnte es seit Monaten sehen, auf den Tod krank. In seinen Augen konnte man lesen, daß er es selbst wußte, und daß er seinen Tod bereits bedacht und verarbeitet hatte. Er nahm ihn in einer erschütternden Weise einfach nicht zur Kenntnis und lebte und arbeitete, wie er immer gelebt und gearbeitet hatte: mit seiner fürsorglichen Liebe zu seiner Frau und Familie, mit seiner ganzen beruflichen Leidenschaft für das Unternehmen, das er aus den Trümmern des Krieges mit aufgebaut und seit 1953 als Verleger verantwortlich geführt hatte. Die heutige Bedeutung unseres Verlages und der in ihm erscheinenden Zeitungen, Zeitschriften und Pressedienste ist ohne die Lebensleistung Walter Petersens nicht vorstellbar.

Er war Sozialdemokrat bis in die letzte Faser seiner Existenz. Die Tradition, die Programmatik und die praktische Politik der Sozialdemokratie waren die Triebfeder seines Lebens: von jener Stunde an, da er sich im Frühjahr 1945 als 29jähriger dem "Büro Schumacher" in Hannover als Mitarbeiter zur Verfügung stellte. 1948 wurde er beauftragt, die organisatorischen Vorbereitungen zum Wiedererscheinen des 1933 von den Nazis verbotenen "Vorwärts" zu übernehmen. Als am 1. Juli 1948 dann der Neue Vorwärts Verlag gegründet wurde, wurde er dessen erster Werbe- und Vertriebsleiter. Er konnte damals nicht ahnen, daß er damit den ersten Schritt auf einem Berufs- und Lebensweg getan hatte, den er bis zum Ende seiner Tage nicht mehr verlassen sollte. Karrieregesichtspunkte spielten dabei für den gelernten Drucker nie eine Rolle. Er wollte dienen. Seiner Partei, dem Unternehmen, das er leitete, den Menschen, die dort arbeiteten. In diesen Dienst hat Walter Petersen sich verzehrt. Was uns bleibt, ist Dank, aber auch die Aufgabe, sein Lebenswerk fortzusetzen.  
(-/27.11.1979/hi/ca)



Dokumentation

Auszüge aus der Rede des österreichischen Bundeskanzlers und SPÖ-Bundespartei-vorsitzenden Dr. Bruno Kreisky beim SPD-Landesparteitag Rheinland-Pfalz am 24. November 1979.

Zur "konservativen Renaissance":

"Eine Legende geht um in Europa, und die Massenmedien verbreiten sie, nämlich die Legende von einer konservativen Renaissance. Sie ist entstanden, nachdem vor mehr als drei Jahren die schwedische Sozialdemokratie nach mehr als 40 Jahren einer großartigen Regierungstätigkeit einer sogenannten 'bürgerlichen Koalition' Platz machen mußte. Die Legendenbildung hat neue Nahrung erhalten, als voriges Jahr an Stelle der Labour-Regierung unter der Führung James Callaghans eine konservative Regierung unter Frau Thatcher als Ergebnis der Wahlen in Großbritannien zur Macht kam. Auch ein kleinerer Rückschlag in Finnland und in der Schweiz - wobei in der Schweiz der Prozentsatz der sozialistischen Stimmen nicht kleiner geworden ist - mußte herhalten, um an dieser Legende weiter brodieren zu können. Diesem angeblichen Trend entgegengesetzt waren die guten Resultate in Österreich, Dänemark und bei Teilwahlen in der Bundesrepublik Deutschland."

Zur konservativen Wirtschaftspolitik:

"Es kann doch niemand bestreiten, daß der Umstand, daß es heute in den europäischen Industriestaaten und in den Vereinigten Staaten von Amerika, also in allen in der OECD zusammengeschlossenen Industriestaaten, insgesamt 16 Millionen Arbeitslose gibt. Es handelt sich also darum, daß seit Jahren die Arbeitslosigkeit wieder zum Massenschicksal geworden ist, und daß es meiner Ansicht nach überhaupt keine vordringlichere nationale und internationale Aufgabe für Sozialdemokraten geben kann als die Bekämpfung dieses Zustandes und die Lösung dieses Problems."

Zum wirtschaftlichen Integrationsprozeß in Europa:

"Ich möchte mit gebotener Deutlichkeit sagen, daß sich auch die Sozialistische Partei Österreichs, trotz der Neutralität unseres Landes, hier nicht in eine Abseitsposition drängen läßt und bereit ist, an der europäischen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien mitzuarbeiten. Ergänzend dazu möchte ich bemerken, und es gehört zu den wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre, die uns mit Optimismus erfüllt haben, daß das, was wir heute im politischen Sinn den europäischen Westen nennen, zur Gänze aus Staaten mit politischer Demokratie besteht. Griechenland, Portugal und Spanien sind zur Demokratie zurückgekehrt. Ein Zustand, der die europäische Aufgabe der demokratischen Sozialisten wesentlich erleichtert, uns aber auch erkennen lassen sollte, wie sehr wir durch die Förderung der europäischen Integration die Gefährdung mancher jungen Demokratien reduzieren und sogar, unter Umständen, einen Rückfall verhindern können."

Zum Energieproblem:

"Im Jahre 1974, nach dem ersten großen Ölchock war es relativ leicht, in einer sozialistischen Parteiführerkonferenz in London das zu erreichen, was Jahre vorher unerreichbar zu sein schien, nämlich die Bildung einer Fact-finding-Mission, die die Aufgabe bekam, herauszufinden, welche friedlichen Lösungen des Mittelostkonflikts es gäbe und das vorerst einmal durch Erkundungsreisen in die arabischen Staaten zu tun. Ich wurde mit der Führung dieser Mission betraut. Die Energieproblematik - soweit sie das Erdöl betrifft - hat, wie jede wichtige Frage, einen wirtschaftlichen und einen politischen Aspekt. Der wirtschaftliche ist, auf eine einfache Formel gebracht, der Preis des Erdöls. Was macht das Erdöl so teuer? Einerseits die Erkenntnis, daß es sich um einen der kostbarsten Rohstoffe handelt. Diese Erkenntnis ist aber nur zum Teil begründet in der politischen prekären Lage in den Gegenden, aus denen es kommt, sondern auch in der wachsenden Erkenntnis der Begrenztheit der Vorräte, womit wir jedenfalls spätestens seit



dem Club of Rom vertraut gemacht worden sind... Wir meinen, daß die westlichen Industriestaaten sich bereit finden sollten, in sauberen Verträgen, in denen der anderen Seite die Gewähr der vollen Disposition über die Kraftwerke gegeben wird, in beschränkter Weise an der Ausnützung der Energiereserven mitzuwirken: mit dem Bau von Kalorischen Kraftwerken etwa auf den großen, bisher wenig ausgenützten Braunkohlefeldern in diesen Staaten (Osteuropas). Die Gegenleistung für unsere Lieferungen besteht in der Lieferung von elektrischem Strom. Durch solche langjährige Verträge könnte ein europäisches Verbundsystem entstehen, das von allergrößter Bedeutung nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten des Westens und des Ostens wäre. Wir empfehlen das als Modell zur Nachahmung. Nach Abgeltung der erreichten Kraftwerke stünde diesen Staaten eine Ware für den Export zur Verfügung, die mehr als Gold wert wäre, nämlich elektrischer Strom. Hier gebe ich also ein Thema an, dem man Konkretheit und Realitätsbezogenheit nicht absprechen kann und das zugleich ein Stück lebendige und glaubhafte Entspannungspolitik wäre."

#### Zur Entspannungspolitik:

"Daß die Entspannungspolitik erst möglich wurde, als unsere deutschen sozialdemokratischen Freunde, unter ihnen allen voran Willy Brandt, neue Signale in der Weltpolitik gesetzt haben, habe ich oft schon festgestellt. Aber mit der Entspannungspolitik ist es so wie mit der Demokratie, von der der große französische Demokrat Edouard Herriot einmal gesagt hat, daß man sie stabilisiert, indem man sie in Bewegung hält, also entwickelt. Auch die Entspannungspolitik bedarf der dauernden Entwicklung, bedarf eines hohen Maßes an politischer Phantasie. Uns scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen oder Rüstungskontrollen beziehungsweise Rüstungsbeschränkungen die Entspannungspolitik für die Völker in überzeugender Weise darzustellen. Hierfür scheint der Abschluß des SALT von entscheidendster Bedeutung zu sein. Ich behaupte nicht, die Geheimnisse und Zusammenhänge des SALT wirklich durchschauen zu können, aber ich kann mir sehr gut vorstellen, daß an die Unterzeichnung von SALT II die Bedingung gebunden werden sollte - und die scheint mir vertretbar zu sein - , unverzüglich mit Verhandlungen über SALT III zu beginnen. Inhalt der Verhandlungen sollten die wirklichen Abrüstungsbestrebungen sein. So glaube ich auch, daß die Anregung Breschnews, 20.000 Mann sowjetischer Truppen aus der DDR zurückzunehmen, aufgegriffen werden sollte und mit einer Idee verbunden werden könnte, die eine Art Plan auf Zurückziehung aller sowjetischer Truppen aus Ländern ist, in denen es solche heute noch gibt, wobei wir uns klar darüber sind, daß das natürlich auf Gegenseitigkeit und in ausgeglichener Form geschehen müßte."

#### Zum Konflikt zum Mittleren Osten:

"Wir haben da unlängst einen Vorschlag in New York gemacht, der vorsieht, daß am Anfang die gegenseitige Anerkennung steht, das heißt, die israelische Regierung wird sich endlich dazu verstehen müssen, daß die PLO die Vertreterin des palästinensischen Volkes und seiner Interessen ist, so wie die PLO und die Palästinenser mit ihr erkennen müssen, daß Israel eine staatliche Realität ist, die man sich aus dieser Region nicht mehr wegdenken kann. Wenn man nun dieses Maß an gegenseitiger Anerkennung erreicht hat: Dazu bedarf es natürlich auch der Anerkennung der nationalen Rechte der Palästinenser. Das wieder schließt in sich im Sinne der Resolution 242 der Vereinten Nationen die Rückgabe der Territorien, die im Krieg des Jahres 1968 erobert wurden. Es wird nach dieser Anerkennung vielleicht nicht unmöglich sein, vor eigentlichen Verhandlungen mit sogenannten exploratorischen Gesprächen zu beginnen."

#### Zur Aufwertung der Sozialistischen Internationale seit der Bestellung Willy Brandts zum Vorsitzenden:

"Hinter der neuen Attraktivität der Internationale und ihrer Antriebskraft verbrigt sich ein dringendes politisches Bedürfnis und eine einfache Wahrheit. In einer Welt, in der ein Polarisationsprozeß stattgefunden hat, derart, daß auf der einen Seite der polyzentrische Kommunismus seine Macht entfaltet, heute in Moskau und Peking, möglicherweise morgen in Havanna, auf der anderen Seite das steht, was vereinfachend die kapitalistische Welt genannt wird, besteht das Bedürfnis nach einer dritten politischen Kraft - nach einer politischen Kraft, deren Grundpfeiler Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Humanität und Solidarität sind."

(-/27.11.1979/hi/ca)

